

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark  
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung  
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüblistraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisliste

## 1918 \* Und wieder naht ein Tag \* 1924

Das ist die Zeit der Könige nicht mehr!  
Zu Eurer Väter Zeiten wärs ein anderes gewesen.  
Ihr seid zu alt,  
Euch ist nicht  
Zu helfen, wenn Ihr selber Euch nicht helft.  
Vernehmt die Botschaft, Männer,  
Nehmt von mir  
Mein Heiligtum;  
Ich spart es lange.  
In heiteren Nächten oft, wenn über mir  
Die Welt sich öffnet und die heilige Luft  
Mit ihren Sternen allen als ein Geist  
Voll freudiger Gedanken mich umfling.  
Da wurd es oft lebendiger in mir.  
Mit Tagesanbruch dacht ich Euch das Wort,  
Das ernste, langberhaltene zu sagen,  
Doch immer schloß mein Herz sich wieder, hofft  
Auf seine Zeit und reifen sollte mirs. —

Heut ist mein Herbsttag und es fällt die Frucht  
Von selbst:  
Menschen ist die große Lust  
Gegeben, daß sie selber sich verjüngen;  
Und aus dem reinigenden Tode, den  
Sie selber sich zur rechten Zeit gewählt,  
Erstehen, wie aus dem Styx Achill, die Völker  
Unübertwindlich . . . .  
O gebt Euch der Natur, eh sie Euch nimmt! —  
Ihr dürft längst nach Ungeüblichem,  
Und wie aus krankem Körper sehnt  
Der Geist sich aus dem alten Geleise.  
So wagts!  
Was Ihr geerbt, was Ihr erworben,  
Was Euch der Väter Mund erzählt, gelehrt,  
Gefeh und Brauch der alten Götter Namen,  
Bergeßt es kühn und hebt, wie Neugeborene  
Die Augen auf zur göttlichen Natur! —

Wenn dann der Geist sich an des Himmels Licht  
Entzündet, süßer Lebensodem Euch  
Den Busen wie zum ersten Male trinkt  
Und goldner Früchte voll die Wälder rauschen  
Und Quellen aus dem Fels, wenn Euch das Leben  
Der Welt ergreift, ihr Friedensgeist und Euch  
Wie heiliger Wiegenfang die Seele stillet —  
Wenn aus der Wonne schöner Dämmerung  
Der Erde Grün von neuem Euch erglänzt  
Und Berg und Meer und Wolke und Gestirn:  
Dann reicht die Hände  
Euch wieder, gebt das Wort und teilt das Gut,  
O dann, Ihr Lieben, teilet Tat und Ruhm!  
Jeder sei  
Wie alle —  
Wie auf schlanken Säulen ruh  
Auf richtigen Ordnungen das neue Leben  
Und Euren Bund besetzte das Geseh! Friedr. Silberstein



Das war ein Tag, der 9. November von 1918! Wohl dem Geschlechte, dem es vergönnt war, den lichtesten Tag der deutschen Volksgeschichte zu erleben.  
Unzählige Geschlechter haben ihn inbrünstig ersehnt, die edelsten Dichter ihn als himmlische Stunde besungen, den Besten der Deutschen hatte er den Traum verjüßt. Sie alle waren dahingegangen, ohne die große Sehnsucht erfüllt zu sehen. Wenn immer Männer des Fortschritts, der Freiheit, der Menschlichkeit darüber berieten, wie der Erlösungstag herbeizuführen sei, hatte sie helle Verzweiflung gepackt.  
Der Weg der Erlösung des deutschen Volkes war mit zuviel Bajonetten, Paragrafen und Wund- und Ader-Leuten verperrt. Den Militärstaat schützten Hunderttausende von Soldaten, Richter und Polizisten. Ein feiges Bürgertum stützte ihn durch Tun oder Nichtstun. Wie hätte es wohl anders sein sollen? Der feiste Bauch wie die volle Tasche lehrten ihn, daß die Luft des Militärstaates nicht unbedenklich sei. Überdies enthub er der unangenehmen Sache des politischen Denkens. Und wenn der biedere Bürger, wie oft, die Annahme des „ersten Standes“, der Militärkaste, zu spüren bekam, aus der Verfassung des Untertans ließ er sich nicht bringen. Ruhe war für ihn die erste Bürgerpflicht. Diese gestattete Murren im geheimen, gebot Mitmachen in der Öffentlichkeit. Hätte der gute Bürger je über die ihm zugewiesenen Obliegenheiten zu murren begonnen, ein Blick nach unten auf die Arbeitermasse hätte ihn schweigen und die Dritte von oben vergessen heißen.  
So etwa wird man demaleinst unsern Kindern den Zustand vor dem 8. November 1918 schildern und dem beifügen: Die herrschende Kaste des Militärstaates hielt diesen für sie so herrlichen Zustand als vom Himmel geschaffen. Ein zahlreicher Kreis von Menschen, zu dem Professoren, Oberlehrer und Priester gehörten, ward eigens dafür besoldet, dem Volke einzubleuen, daß es Gottes weiser Ratichluß sei, daß die Herrscherkaste befehle und die Masse gehorche; daß den Herren Lebensfreude und Rechte, den Arbeitern Lebensplage und Pflichten zukämen; daß die Reichen allein die Richterbank besetzen dürften, die Armen von ihnen gerichtet werden müßten; daß die Nichtstuer in Willen zu wohnen und in Wagen zu fahren, die Schaffenden in kahlen Hütten zu hausen und zu Fuß zu gehen hätten. Diese Auffassung wurde in den Schulen gelehrt, ihre Richtigkeit aus Gottes Wort bewiesen, und wer sie dennoch nicht für richtig zu halten sich erdreistete, gegen den standen Justiz, Polizei und Militär in Bereitschaft. Die hohe Obrigkeit duldete keinen Angriff auf die für sie so herrliche Staats- und Gesellschaftsform. Der 9. November 1918 brachte endlich die Erlösung von diesem Militärstaat. Er hatte, als er das erfüllen sollte, was als sein oberster Daseinszweck angegeben, in der Verteidigung des Vaterlandes gegen äußere Feinde völlig versagt. Sein Zusammenbruch ward begleitet von dem Jubelschrei der geknechteten Millionen.  
Und weiter wird man unsern Kindern berichten: Mit dem Zwangsstaat ging auch sein Wahrzeichen, sein Hort — die Kaserne — zugrunde. Das war der größte Segen des großen Tages. Welche Entsetzlichkeit die Kaserne für die damalige Jugend war, davon könnt ihr — Kinder einer andern Zeit — euch keine Vorstellung machen. Wir, eure Väter, wurden zwei, drei und noch mehr Jahre in die Kaserne gesperrt. Die Zuchthäuser hatten mehr Rechte wie wir. Dort wurden wir gequält, entehrt, beschimpft, wie Tiere dreifüßig. Acht von uns so hoch bewertet wie ein Pferd: 6 Pferde = 48 Mann! In lahtwandigen Räumen, die von Stallluft und tierischem Gesehri verpestet waren, mußten wir die besten Jahre unseres Lebens verbringen. Viele versammelten sich oder flohen außer Landes, um der Drangsal zu entgehen. Wer ihr nicht entrann, wurde einem Erzieher, dem Feldwebel überantwortet, dessen Unbestechlichkeit heil-

losen Respekt einflößte. Unter seiner Erziehung lernte die damalige Jugend an der Menschheit verzweifeln, den Staat hassen, den Glauben an sich selbst verlieren. Sie wurde eingesperrt, geschunden, verdammt, damit sie sich willig zur Schlachtkamp führen ließ. Der 9. November hat die Jugend von der Kaserne befreit. Der Zwangsstaat ist gestorben, damit das Volk frei leben kann.  
Sodann werden die entsetzt lauschenden Kinder einer freieren Zeit begierig fragen: Hat denn das unsäglich mißhandelte Arbeitervolk, als es die Macht bekam, nach dem Worte des allerschristlichstigen der Bücher: „Auge um Auge, Zahn um Zahn!“ gehandelt? Worauf ihnen also geantwortet werden wird:  
Die Revolution des 9. November erfüllte die Herrscherkaste mit blassem Schrecken. Der Gedanke an ihre namenlosen Sünden ließ sie erbleichen. Sie dachte an die rächerde Nemesis. Die Furcht vor der Rache der Mißhandelten hieß sie, sich unsichtbar zu machen. Diese aber, das Arbeitervolk, ließ eine übermenschliche Gutmütigkeit sehen. Es dachte in der Stunde seiner Macht nicht mehr an die entsetzlichen Leiden der Stunden seiner Ohnmacht. Mit stiller Freude behag es sich die Bruchstücke des geborstenen Zwangsstaates, mit ruhiger Genugtuung buchte sie die Kunde von dem Abtreten der Herren von Gottesgnaden. Es gab sich mit der Tatsache des Sturzes der alten verfluchten Gewalten zufrieden. Es war ihm schon des Glückes genug, daß das Regiment der Lüge, der Willkür, der Unterjochung beseitigt und das Ende des vierjährigen Massenmordes herangefommen war. Die Möglichkeit der friedlichen Arbeit und des guten Einvernehmens mit den andern Völkern, das die Militärkaste vernichtet, winkte nun wieder. Diese Aussicht erzeugte Frohgefühl und ließ den Gedanken, Rache zu nehmen für die millionenfältig erlittene Unbill, nicht aufkommen. Es war wohl von den Herrschenden gekreuzigt worden, es selbst aber wollte die Herrschenden nicht kreuzigen. Es wollte nichts als friedsam leben und schaffen und ungestört sein Schicksal zimmern.  
Solche Gutmütigkeit war zu übermenschlich, als daß ihr die Herrschenden getraut hätten. Es dauerte eine Weile, bis sie — ohne die blauen Schutzbrillen beiße zu legen — aus ihren Verstecken hervorzukriechen wagten. Sie glaubten es vorderhand noch mit der Vorsicht, dem besseren Teil der Tapferkeit, halten zu müssen. Da ihnen die Luft der Herrenart noch nicht geheuer schien, zeigten sie ein volksfreundliches Herz. Sie legten sich für Arbeiterohren wohlklingende Namen bei, unter deren Decke das alte reaktionäre Geschäft unverbädigt weiterbetrieben werden konnte. Und die industriellen Unterdrücker, die der Gutmütigkeit des Arbeitervolkes, der einfach unfaßbaren, nicht trauten, hielten eine Versicherung für alle Fälle geboten: sie schufen die Arbeitsgemeinschaft mit den freien Gewerkschaften, just mit den Organisationen, die sie am meisten gehaßt und verfolgt hatten. Als dann, dank der Arbeitsgemeinschaft, die Industriellen heil über die gefährschwangere Zeit hinweg und zu frischer Stärke gelangt waren, wurden die gewerkschaftlichen Partner mit echtem industriellem Danke abgelohnt.  
Zu den durch die proletarische Gutmütigkeit und Anflugsheit rasch wieder stark und fest gewordenen politischen und industriellen Reaktionären zog sich alles, was vom Militärstaat Lebenszweck, Stellung, Fettamtchen, Uniform und Brottschüssel erchlitten hatte. Sie legten gleich inbrünstig nach dem alten Zustand, wo sie die Herren, die Arbeiter die rechtlosen Rechte waren. Zur Verfolgung dieses Zieles fanden sie sich zusammen. Bald war wieder das vielgestaltige reaktionäre Gesehweiß zu neuem Kampfe vereint gegen die Arbeiterchaft und gegen den neuen Staat, die demokratische Republik.

Nach alledem wird das neue Geschlecht verwundert fragen: Ja, wie war es nur möglich, daß die Millionen Arbeiter, die doch nun vom Zwangsstaat befreit und volles politisches Recht besaßen, die paar Zehntausende der alten Herren nicht bändigen und gegen sie die Errungenschaften des 9. November nicht halten und erweitern konnten?  
Diese Unbegreiflichkeit dem künftigen Geschlechte, das die Zeit nach dem November nicht selbst erlebt hat, begreiflich zu machen, dürfte schier unmöglich sein. Es wird nicht zu glauben vermögen, daß das siegreiche Arbeitervolk nicht bloß unerhört gutmütig, sondern auch straffällig unklug gewesen ist. Daß es, anstatt die Kräfte eng zusammenzufassen, um seine Machtstellung in Staat und Wirtschaft zu verstärken, unter sich einen heillosen Bruderkrieg anfang, der Köpfe, Zungen und Mittel dermaßen in Anspruch nahm, daß davon zu wenig zur Niederhaltung des Feindes übrig blieb. Von den Brüdern wurde vom Weitertreiben der Revolution immer geredet, im Eintreiben der Schädel aber immer gehandelt. Des Arbeitervolkes Verlegenheit war die Gelegenheit seiner Gegner. Während jenes sich gegenseitig auftrieb, konnten sich diese sammeln und stärken. Und selbst darüber, über die Schuld an der Erstarkung der Gegner, hob unter den Brüdern wilder Zungenkrieg an, wodurch die Brüder noch mehr geschwächt, seine Feinde noch weiter gestärkt wurden. Und der erstarkende Feind zog viele schwache, verefelte, ruheliebende Bürger an. So ging manche von den Errungenschaften des großen deutschen Geschichtstages dahin — ausgerechnet durch die Schuld derjenigen, die vor Gott und der Geschichte zu ihrer Erhaltung und Wehrung berufen sind.  
Genug des Versuches, dem kommenden Geschlechte die Unbegreiflichkeiten der letzten sechs Jahre begreiflich zu machen. Es hat jetzt wenig Wert, sich bei den eigenen Fehlern und Sünden oder ihren Ursachen aufzuhalten. Besser ist es, zu trachten, daß aus den betrübenden Erfahrungen möglichst viel gelernt wird. Diejenigen unter uns Heutigen, die nicht selbst im alten Militärstaat gelebt, gelitten haben, mögen nicht vergessen, daß trokalledem und alledem von den Errungenschaften des 9. November noch sehr gewichtige erhalten geblieben sind, so die Erlösung von der Kaserne und dann die politische Gleichberechtigung. Die eine ein unendlicher Segen, die andere ein mächtiges Mittel der proletarischen Befreiung, mit welcher verhütet werden kann und muß, daß auch diese beide noch verloren gehen und womit alle die Fehler und Verluste wieder wettgemacht werden können.  
Die Demokratie ist leider noch für viele Arbeiter die große Unbekannte; sie wissen noch nicht, daß mit ihr reaktionäre Berge zu verjehen sind. Der kommende 7. Dezember, die Reichstagswahl, bietet eine prächtige Gelegenheit, den großen Hebel der Demokratie zu Nutz und Frommen der Arbeiterschaft anzusetzen. Die alte Herrscherkaste, die stets mit dem Rücken der Demokratie und mit der Fassade dem reaktionären Misthaufen zugewandt stand, wird, solange die Demokratie die Grundlage unseres politischen Lebens bildet, sie als eine Zitrone zum Auspressen zu benutzen suchen, während sie für uns das Mittel sein muß, dem menschlichen Fortschritt wie der Freiheit des arbeitenden Volkes eine breite Gasse zu bahnen. Mit dem Stimmgittel können am 7. Dezember viele der Wunden geheilt werden, die uns seit 1918 geschlagen worden sind. Damit dies gelinge, ist nichts nötig, als die Lehren der eigenen Fehler zu beherzigen. Ganz zwecklos, aber die verlorenen Errungenschaften zu zernern, zumal jetzt, wo ihre Wiedergewinnung gegeben ist. Die großen Möglichkeiten unserer Befreiung sind keineswegs vorbei; der 7. Dezember bildet abermals eine. Trachten wir, daß er zu einem lichten Tage der deutschen Volksgeschichte werde, der an Glanz den 9. November übertrifft. F. K.

# Der eingefrorene Reichsindex

Trotz des sonnig-warmen Herbstes ist im deutschen Statistischen Reichsamt die Indexziffer für Lebenshaltung seit Wochen eingefroren. So etwas geschieht nicht alle Tage und nicht in allen Ländern: auf der einen Seite anhaltende Teuerung, auf der anderen unbeweglicher Reichsindex.

Seit Oktober 1920 wird vom Statistischen Reichsamt der Reichsindex für Lebenshaltung laufend errechnet und veröffentlicht. Man wollte den wirtschaftlichen Verbänden in der Zeit des Währungsverfalls einen Maßstab bei Lohnverhandlungen an die Hand geben. Insbesondere sollte die Reichsindexziffer für Lebenshaltung dem Reichsarbeitsministerium wie den Arbeitsministerien der Gliedstaaten und den Schlichtungsbehörden bei Entscheidungen über Lohnstreitigkeiten und Verbindlichkeitsklärungen von Schiedsprüchen als Grundlage für Lohnausgleichungen dienen.

Bei Festlegung der Art und Weise, wie die Reichsindexziffer für Lebenshaltung gewonnen werden soll, haben auch Gewerkschaftsvertreter mitgewirkt. Das Statistische Reichsamt kann sich aber nicht etwa auf sie berufen, da, wie wir wissen, gerade sie es in erster Linie mit find, die für eine schnelle und gründliche Nachprüfung der Ermittlungsmethode drängen, damit der Reichsindex ein unverfälschter Maßstab zur Messung des St. des der Lebenshaltung werde. Heute ist er es nicht. Freilich kann kein Außenstehender seine Fehlerquellen im einzelnen aufzählen. Dafür aber können Millionen Hausfrauen mit gutem Gewissen schon hören, daß der Index für Lebenshaltung um etwa 30 v. H. hinter dem tatsächlichen Stand der Preise zurückbleibt. Man vergleiche die amtlichen Angaben in Nr. 17, 18 und 19 von „Wirtschaft und Statistik“, und man wird sofort das Gefühl haben: in diesen Zahlen spiegelt sich die Preisentwicklung nicht wieder. Stieg doch nach amtlichen Mitteilungen der Index für Großhandelspreise vom 30. Juli bis 30. September d. J. allein bei folgenden Warengruppen (1913 = 100):

Getreide und Kartoffeln	von 97,8 auf 118,4
Fette, Zucker, Fleisch und Fisch	= 123,2 = 145,7
Lebensmittel	= 108,1 = 128,0

Erfahrungsgemäß folgt einer solchen Steigerung der Großhandelspreise sehr schnell eine „automatische“ Steigerung der Kleinhandelspreise. Und da soll, wie das Statistische Reichsamt in Nr. 19 von „Wirtschaft und Statistik“ feststellt, die Indexziffer für Lebenshaltung unverändert geblieben sein? Das hieße, es müßten andere Lebensmittelarten und Bedarfsgegenstände um so viel im Preise gesunken sein, wie die oben bezeichneten Warengruppen im Preise gestiegen sind. Wo aber lassen sich Lebensmittel und Bedarfsgegenstände aufweisen, deren Preise in den letzten Wochen gesunken wären?

Mit berechtigtem Zweifel in die Richtigkeit der amtlichen Angaben fragt man sich ferner, wie es das Statistische Reichsamt zu der in Nr. 19 von „Wirtschaft und Statistik“ erfolgten Feststellung kam, daß der durchschnittliche Reichsindex für Lebenshaltung im Monat September, wo doch offensichtlich starke Preissteigerungen auf allen Gebieten zu verzeichnen waren, genau 116 betrage wie der Durchschnittsindex vom Monat Juli. Diese amtlichen Angaben, auch nur roh mit den Wirklichkeiten der Preisbildung verglichen, zeigen sofort, daß hier Fehlerquellen vorhanden sein müssen, die sofort und gründlich zu beseitigen sind. Vor allem muß mit der niedrigen Einstufung der etwa 70 v. H. betragenden Mietsätze der Vorkriegszeit in die Indexziffer gebrochen werden. Es ist wider die Wahrheit, daß der Mieter heute weniger Miete zahlt als in der Vorkriegszeit. Der Mieter hat im Gegensatz zur Vorkriegszeit sämtliche Reparaturen auf eigene Kosten auszuführen zu lassen. Die Miete ist also (allgemein genommen) heute in Wirklichkeit höher als in der Vorkriegszeit. Weiter sollte der Umstand berücksichtigt werden, daß die Waren, aus denen die fragliche Indexziffer ermittelt wird, minderen Nährwert haben, weil sie Erzeugnisse sind (Margarine, Kaffee-Ertrag), als die vor dem Kriege. Schon allein wegen dieser beiden wichtigen Punkte müßte ein Ausgleich der Indexziffer stattfinden. Deutschland, besonders sein Statistisches Reichsamt, macht sich mit solchen Indexziffern der Lebenshaltung nicht nur gegen die offenbare Wirklichkeit der Preisbildung schwer schuldig, es macht sich auch lächerlich gegenüber dem Auslande. Obwohl Preisstand und Lebenshaltung der einzelnen Länder untereinander nur in der Fernvermessung vergleichbar sind, werfen sie doch auf die fehlerhaften deutschen Indexziffern ein grelles Licht. Zum Beispiel bewegten sich in folgenden Ländern die Indexziffern in den letzten Monaten also (Vorkriegszeit = 100):

Land	Strohindex	Schneefindex
Schweiz	171 bis 173	168 bis 169
England	163	165
Schweden	157	160
Deutschland dagegen angeblich nur	150	123,7

# Die Eisenmischungen in der Graugießerei

Es gibt noch eine große Zahl von Fachleuten, die ihre Eisenmischungen, um mit der Formenerzeugung zu reben, „frei nach Schmelze“ aufstellen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Aufstellung ganz nach Willkür erfolge, nein, durchaus nicht, vielmehr besagt man zur Aufstellung einer geeigneten Eisenmischung irgendeine ausprobierte Eisenmischung, die in anderen Gießereien gelegentlich mit Erfolg angewendet wurde. Gegen ein solches Verfahren wäre dagegen nichts einzuwenden, wenn die chemische Zusammensetzung der betreffenden Rohmaterialien stets dieselbe bliebe, also in Bezug auf je zwei entgegengesetzte Eigenschaften sich nicht änderte. Das ist aber meistens nicht der Fall. Es wird jedem einleuchtend, daß beide Erzeugnisse von Kohlen aus den Erzen im Hochofen Erzeugnisse des Ofenganges nicht selten sind. Mit diesen Erzeugnissen handelt es sich mehr oder weniger die chemische Zusammensetzung des Rohmaterials. Ich bezog früher meine Kohlenmischungen von ein und demselben Hüttenwerk, ein einzelnes Gießereigebäude, um möglichst ein Kohlen aus gleichbleibender chemischer Zusammensetzung zu erhalten. Langsam zeigte sich mir immer häufiger die Zusammensetzung Schwankungen, die nicht unerheblich waren. Wir haben im letzten Aufsatz (siehe Nr. 40 der WZ) erfahren, daß der Siliziumgehalt der Erze, der erheblichen Einfluß auf die Bearbeitbarkeit des Eisens hat. Nehmen wir nun einmal an, wir hätten zum Beispiel ein Hochofenerzeugnis, ein Monat lang Siliziummischungen und Gießereierzeugnisse I bezogen, eine entsprechende Eisenmischung nach den bisher gemachten Erfahrungen aufgestellt, aber nachher einen schlechten Erfolg gehabt, dann wird man wahrscheinlich die Ursache des schlechten Erfolges dem Siliziumgehalt des Erzes suchen oder wieder einmal dem ungleichen Schwefelgehalt per Kopf legen, aber, wenn man sich recht lang überdenkt, ist es nicht ganz genau. Das andere Erzeugnis wird man eine Überlegung in der Eisenmischung vornehmen, man wird also wieder einmal probieren und es kann vorkommen, daß der erwartete Erfolg trotzdem ausbleibt. Die erfahrenen Formenerzeuger werden in solchen Fällen mit Zug und Recht sagen: Wir wissen nicht, was im Erze enthalten ist. Dieses Defizit ist zunächst das richtige. Dabei darf es aber nicht bleiben, es muß der Sache auf den Grund

Dem Statistischen Reichsamt wird genau so gut bekannt sein wie uns, daß Ausländer die deutschen Lebensverhältnisse teurer finden als die ihres Heimatlandes. Wir wenigstens hören neuerdings diese Klagen ausländischer Gäste auf deutschen Gewerkschaftstagen.

Auch gegen die teure Verarbeitung in „Wirtschaft und Statistik“ haben wir Einwände zu machen. Man sucht zum Beispiel vergeblich nach einer Begründung der Preissteigerungen für den Lebensunterhalt. Da finden wir dann in Nr. 19 der Zeitschrift folgenden einzigen Satz: „Bei den Ernährungsstoffen dagegen ist das Anziehen der Niederschlag einer allgemeinen Preissteigerung, die sich auf die Mehrzahl der inländischen Agrarprodukte erstreckt.“ Das ist alles, ganz und gar alles, was das Statistische Reichsamt zur Begründung der Preissteigerung zu sagen weiß. Daß der Ernährungsminister Graf Ranke 150 000 Tonnen Getreide ausführen ließ, daß ferner die Zollvorlage der Regierung zu stürmischen Nachfragen am Getreideamt führte — dies alles erfährt man nicht von amtlicher Seite.

Ein anderes Beispiel: In Nr. 18 von „Wirtschaft und Statistik“ wird für den Monat August der Nominalwochenlohn eines gelernten Metallarbeiters auf 38,53 M., eines ungelerten Metallarbeiters auf 25,84 M. angegeben. Über die Entstehung dieser Zahlen wird gesagt, es sei ein „gewogener Durchschnitt“ aus den im Monat August gültigen Tariflohnjahren für Metallarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in den Hauptzweigen der einzelnen Gewerbegruppen.

Wir fragen das Statistische Reichsamt, wie diese Wochen-nominallohnjähre für Metallarbeiter im einzelnen ermittelt und errechnet worden sind. Wir haben begründeten Zweifel an der Richtigkeit dieser Angaben. Zu unserem grundsätzlichen Zweifel gesellt sich die Tatsache, daß am 31. August d. J. 20,5 v. H. der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes voll arbeitlos und 52,1 v. H. seiner Mitglieder Kurzarbeiter waren. Es haben also, wenn die von uns bezweifelten Angaben über den amtlich ermittelten Nominalwochenlohn den Tatsachen entsprechen, immerhin nur 27,2 v. H. der Mitglieder unseres Verbandes in voller Beschäftigung gestanden, die übrigen 72,6 v. H. waren mit 20,5 lediglich auf die staatliche Erwerbslosenunterstützung angewiesen, und 52,1 v. H. mußten als Kurzarbeiter mit entsprechendem Lohnausfall ihr Leben fristen. Das wirkliche Bild sieht also anders aus, als die amtlich ermittelten durchschnittlichen Wochennominallohne.

Diese Einwände mögen das Statistische Reichsamt veranlassen, seine Ermittlungsmethoden für Index und Löhne einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, die Fehlerquellen umgehend abzustellen, damit ein amtlich einwandfreieres, der Wirklichkeit entsprechendes Zahlenwerk an die Wirtschaftskreise vermittelt wird.

# Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen?

Das Unternehmertum hat dem Abschluß von Tarifverträgen jahrzehntelang den heftigsten Widerstand geleistet. Insbesondere waren es die Metallindustriellen, die den Tarifabschlüssen mit allen Mitteln entgegenarbeiteten, um ihren Herr-in-Haus-Standpunkt zu wahren. Erst die Revolution ließ es den Herrschaften geraten erscheinen, ihre Haltung zu ändern und die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft anzuerkennen.

Der Tarifvertrag hat den Zweck, den Angehörigen der Berufe oder Gewerbe, für welche er abgeschlossen wird, gleichmäßige Arbeitsbedingungen zu sichern. Dieses Ziel kann aber nur dann voll erreicht werden, wenn die Arbeitnehmer durch Zusammenfassung ihrer Kräfte in starken Gewerkschaften die wirtschaftliche Übermacht der Unternehmer ausgleichen vermögen. Die Verbesserung oder Erhaltung der Arbeitsbedingungen durch Tarifabschlüsse ist also abhängig von der Fähigkeit des einzelnen und der daraus hervorgehenden gewerkschaftlichen Macht und Geschlossenheit. Die Gewerkschaften haben sich in jahrzehntelangen Kämpfen die auch durch Artikel 165 der Reichsverfassung anerkannte Gleichberechtigung mit den Unternehmern erkämpft, an der Arbeiterschaft liegt es, ob diese Erreichung erhalten bleibt oder dem Ansturm der Unternehmer zum Opfer fällt.

Durch die letzten erschienenen Schriften der Unternehmer ist bekannt geworden, daß sie versuchen, dem Tarifwesen einen entscheidenden Schlag zu verfehlen. Zwar wagen sie noch nicht, offen die Vereinfachung der Tarifgesetzgebung zu fordern, weil ihnen die Verhältnisse hierfür noch nicht reif genug erscheinen. Darum versuchen sie ihr Ziel, die Vereinfachung des Tarifwesens, aber dem Umwege der sogenannten Betriebsvereinbarungen, der Betriebsverträge, zu erreichen.

Die jegliche Vereinfachung erkennen nur die Gewerkschaften und ihre Betriebsvereine an. Seltener es den Unternehmern, an die Stelle der mit den Gewerkschaften abzuschließenden Tarifverträge die Betriebsvereinbarung zu setzen, das ist das größte Hindernis zum vortriebligen „freien Arbeitsvertrag“ — das ist die einseitige Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Unternehmer — ausgeräumt. Die Unternehmer wissen nur zu gut, daß ihnen bei einer solchen Arbeiter völlig rechtlos gegenübersteht, darum auch ihr Bemühen um die Betriebsvereinbarungen, um auf diese Weise die Gewerkschaften auszuschalten. Hingegen geht das Streben der Gewerkschaften dahin, nicht nur die jetzige Form des Mitbestimmungsrechts

gegangen werden. Man wird also etwa 120 Gramm Rohspäne dem Eisenmischer überreichen zwecks Feststellung des Siliziumgehaltes. Will man ganz sicher gehen, so lasse man auch noch die prozentualen Gehalte von Schwefel und Sauerstoff bestimmen. Erst auf Grund des Ergebnisses der chemischen Untersuchung ist man in der Lage, sofort die richtige Eisenmischung aufzustellen zu können.

Wir erörtern also aus diesen Ergebnissen, daß die Kohlenmischungen aus ein und demselben Hüttenwerk hinsichtlich ihrer chemischen Zusammensetzung ganz verschieden ausfallen können, was das Endergebnis der bisher gültigen Eisenmischung nachteilige Wirkungen zeitigen kann. Einer Gießerei, die solche Ergebnisse derart hat, kann nur immer wieder gesagt werden: Laßt das Rohmaterial vor der Festlegung der Eisenmischungen mindestens auf den Gehalt an Silizium untersuchen und schreibt dann erst zur Aufstellung der Eisenmischung. Dieses Verfahren kann allerdings nur da angewandt werden, wo sich die Leistung in richtiger Stunden befindet. Bisher ist es in dieser Beziehung schlecht bestellt. Ich habe dabei die letzten Eisenmischungen im Auge, die ich infolge ihrer geringen Leistung keinen wissenschaftlich gebildeten Fachmann als Leiter leisten können. Zu solchen Fällen wird man in gegebenen Fällen einen solchen Herrn in Anspruch zu nehmen haben. Ist man das nicht, dann besteht man eben so lange herum, bis man glaubt, die richtige Mischung gefunden zu haben. Man verzagt aber dabei, daß inzwischen ziemlich viele Betriebe verlorengelangen sind, die nicht in Gefahr von Abgang sind, sondern nur in Gefahr von Abgang sind, wenn man in dem weissen Feld dem Formenerzeuger keine Antwort macht, denn er ist aus dem Formenerzeuger hervorgegangen, in praktischer Beziehung gar die Seele der Gießerei, aber er hat keine theoretische Ausbildung mitgebracht.

Ich will es hier nur kurz sagen, eine Aufstellung von Eisenmischungen auf wissenschaftlicher Grundlage folgen zu lassen, so daß jedermann in der Lage sein wird, die Eisenmischungen selbständig berechnen und aufstellen zu können. Nehmen wir jetzt zu den uns zur Verfügung stehenden Kohlenmischungen und nehmen wir an, daß folgende Eisenmischungen vorliegt, unter Angabe der chemischen Zusammensetzung:

Erzeugnis	Silizium	Schwefel	Sauerstoff	Phosphor	Eisen
Erzeugnis I	4,6	3,6	1,0	0,07	0,03
Erzeugnis II	3,7	3,0	0,7	1,5	0,02
Erzeugnis III	3,5	2,2	0,6	0,9	0,10

der Arbeiter beizubehalten, sondern es zu erweitern und auszubauen, um erstens dem Arbeiter seine Menschenrechte zu sichern und ihm zweitens einen möglichst hohen Ertrag aus seinem Schaffen zu verbürgen.

Eine weitere Gefahr birgt die Betriebsvereinbarung dadurch in sich, daß durch die Ausschaltung der Gewerkschaften auch den Betriebsräten das Rückgrat gebrochen wird. Die Betriebsvertretungen können nur dann ihre Aufgaben erfüllen, wenn sie sich auf starke Gewerkschaften zu stützen vermögen. Gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Betriebsräte und der Arbeitnehmer werden vom Unternehmertum nur insoweit berücksichtigt, wie die Berücksichtigung durch die Gewerkschaften gegebenenfalls erzwingen werden kann. Doch doch das Bestehen der Industrieländer nicht nur dahin, das Tarifwesen, die Schlichtungsordnung, umzuformen, sondern auch die gesetzlichen Bestimmungen über die Betriebsvertretungen zu „modernisieren“, das heißt ihrem Geschmack anzupassen. Man will die Betriebsräte teilweise nicht abschaffen, aber dem Unternehmer soll das Recht werden, die Betriebsvertretung zu „ernennen“, damit auch wirklich nur „Würdige“ die „Ehre“ genießen, „sein“, des Unternehmers Betriebsrat zu sein.

Den Unternehmern kommt es darauf an, sich durch die geplanten „Umformungen“ der lästigen Fessel der Tarifverträge zu entledigen. In allen die gesetzlichen Bestimmungen des Tarifwesens — und sie können schließlich nur durch die Laune der Arbeiter fallen —, so haben die Unternehmer noch mehr Aussicht, dem Arbeiter die Launen des Dames-Plans aufzupacken. Die Unternehmer wollen mit ihren Plänen vor allen Dingen eine Zerkleinerung der Arbeiterfront. Als Siegespreis winkt ihnen ja über dem Umweg über ihre Betriebsvereinbarung der so heiß begehrte „freie“ Arbeitsvertrag.

Nach § 78 WRG hat die Betriebsvertretung darüber zu wachen, daß die gesetzlichen Bestimmungen und die maßgebenden Tarifverträge im Betriebe durchgeführt werden. Darum müssen die Betriebsvertretungen jede derartige Zumutung der Unternehmer von vornherein unbedingt ablehnen und die Unternehmer belehren. Für die Arbeiter kommen nur die Gewerkschaften als Vertragschließende in Betracht. Darum: Behret den Anfängen, stärkt vor allem die Gewerkschaften!

# Soziallohn

Ein Aufsatz in der Internationalen Rundschau der Arbeit unterrichtet über die Gründe der Einführung der Soziallöhne und die Art ihrer Zahlung. In Frankreich und Belgien erfolgt die Zahlung meist durch Ausgleichskassen der Unternehmer, in anderen Ländern ist die Sache durch Tarifverträge geregelt, und es besteht keine scharfe Unterscheidung zwischen Lohn und Familienzulage. Genaue Zahlen darüber, wievielen Arbeitern Familienzulagen zugutekommen, liegen bloß aus wenigen Ländern vor. In Frankreich beschäftigen jene Unternehmungen, die Ausgleichskassen angehören, über eine Million Arbeiter; zählt man dazu die Eisenbahner, Bergarbeiter, die öffentlichen Bediensteten usw., so beträgt die Gesamtzahl 2 700 000. Von den Zahlungen des Staates abgesehen, belaufen sich die Aufwendungen für Familienzulagen auf etwa 300 Millionen Franken im Jahr. In Belgien kommen Familienzulagen ungefähr 280 000 Arbeitern zugute. Der Jahresbetrag der Zulagen ist etwa 20 Millionen Franken im Jahr. In den Niederlanden erhalten rund 87 000 Arbeiter Familienzulagen. Für die Gesamtheit Europas kommen solche Zulagen schätzungsweise für 8 Millionen Arbeiter in Betracht.

# Ein gewerkschaftlicher Werbefilm

Der Verband der Postangestellten in England (Union of Post Office Workers) hat zu Aufklärungs- und Werbezwecken sich auch den Film dienstbar gemacht. Dieser fängt an mit Einblenden in die Geschichte des Verbandes und zeigt unter anderem, mit welchen Schwierigkeiten vor 50 Jahren die Gewerkschaften in England zu kämpfen hatten. Es werden unter anderem auch die amtlichen Verlautbarungen gezeigt, die die „Agitatoren“ mit sofortiger Enklaffung bedrohten; ferner werden Proben von der Geheimchrift gegeben, deren sich die Führer der Bewegung bedienen mußten, um sich die notwendigen Nachrichten zukommen zu lassen. Sodann zeigt der Film den schweren Dienst der Postangestellten, die Gefahren, denen sie ausgesetzt sind, zum Beispiel wenn der Landpostbote mit seinem überladenen Fahrrad auf schlechten Landwegen fährt. Dann wird die Tätigkeit des Verbandes gezeigt, zunächst das Leben und Treiben in seiner Hauptgeschäftsstelle (der Verband hat ungefähr 100 000 Mitglieder), und sogenannte lebende Diagramme (die sich vor den Augen der Zuschauer entwickeln) veranschaulichen die Erfolge des Verbandes. Der Film wurde am 28. September in London vor einer aus lauter Postangestellten bestehenden Zuschauer-Versammlung gezeigt und fand großen Beifall, und man war der Meinung, daß sein Urheber etwas geschaffen hat, das von großem Nutzen sein könne. Für unsern Verband müßten wir mehrere solcher Filme haben, denn das weite Gebiet der Metallindustrie kann man unmöglich in einen einzigen Film zusammenfassen. Aber nützlich wären solche Filme bei uns ohne Zweifel.

# Unglaublich, aber wahr

Industrieherz: Ich habe mir am 8. August 1923 von der Reichsbank 1 Million Mark geborgt. Das waren 8,4 Millionen Goldmark. Dafür habe ich mir dies Industriewerk gekauft. Am 8. Dezember habe ich Schuld und Zinsen zurückgezahlt, nämlich 1 Million 40 Millionen. Das waren 1,04 Goldmark.

Gutsheer: Das ist noch gar nichts. Auf meinem Sitz, der im Fehden 1 Million Mark wert war, habe ich 750 000 M. Hypothek. Durch die Aufwertung ist die Hypothek auf 112 500 M. zusammengefallen. Früher hatte ich jedes Jahr 30 000 M. Zinsen zu zahlen. Jetzt von 1923 bis 1928 nur 15 750 M. Allein mit den ersparten Zinsen in diesen Jahren habe ich die restliche Hypothek zurück und laufe mit noch zwei Luxusautos.

Nehmen wir ferner eine Gießerei an, die ausschließlich schwachwandigen Guß (sogenannter Poterieguß) herzustellen hat. Es entsteht nun die Frage: In welchem Mischungsverhältnis müssen die uns zur Verfügung stehenden Kohlenmischungen und Bruchstein stehen, um eine bearbeitungsfähige Gußware mit Sicherheit zu erhalten? Wir müssen uns, um zur Ermittlung einer geeigneten Mischung zu kommen, der durch die Praxis festgestellten Gattierungsunterlage bedienen, die nachfolgend vollständig angegeben wird. Der Siliziumgehalt muß in der fertigen Gußware enthalten:

unter 10 mm Eisenstärke	Silizium 2,5 bis 2,3 v. H.
mit 10 bis 20 mm Eisenstärke	= 2,3 = 2,1
= 20 = 30	= 2,1 = 1,9
= 30 = 40	= 1,9 = 1,7
über 40 mm Eisenstärke	= 1,7 = 1,5

Hierbei sind die jeweiligen höheren Siliziumgehalte für ungetrocknete und die niedrigen Gehalte für getrocknete Formen anzuwenden. Man kann natürlich die höheren Siliziumgehalte auch für getrocknete Formen anwenden, aber nicht die niedrigen Siliziumgehalte für ungetrocknete Formen. Weshalb nicht?

Nun, wir müssen uns den Ausführungen des vorigen Aufsatzes erinnern, worin gesagt ist, daß bei schwachwandigen Gußstücken stets ein hoher Siliziumgehalt einzustellen ist, damit das Silizium trotz der schnellen Erstarrung der schwachwandigen Gußstücke infolge seines hohen prozentualen Anteils noch die Kraft besitzt, beim Übergang des flüssigen Eisens in den festen Zustand einen ausreißenden Teil chemisch gebundener Kohle in die andere Kohlenstoffform, die graphitische, umzuwandeln. Es wird einleuchtend, daß eine ungetrocknete Gußform auf das einfließende Eisen abdrückend wirkt, wodurch der Umwandlungsprozeß der gebundenen Kohle zur graphitischen nicht unbeeinträchtigt behindert wird. Daher muß das flüssige Eisen für ungetrocknete Formen höher fließfähig sein, damit ein genügendes Teil gebundener Kohle in die andere Kohlenstoffform, in die graphitische umgewandelt werden kann. Es hat nun der Poterieguß meist eine Eisenstärke unter 10 Millimeter, daher muß die fertige Gußware gemäß Unterlage einen Siliziumgehalt von etwa 2,5 v. H. aufweisen.

Bevor wir nun zur Berechnung der Eisenmischung übergehen, sei noch auf einige wichtige Punkte, die bei der Berechnung stets zu

# Brief aus Spanien

Madrid, Ende Oktober.

Etwas zaghaft, vielleicht auch mit einigen Bedenken mache ich mich daran, die Kollegen jenseits der Pyrenäen über das, was an diesem Ende Europas vorgeht, zu unterrichten. Zunächst will ich unsere eigenen Angelegenheiten, über die Kämpfe, die das spanische Proletariat überhaupt, insbesondere die Metallarbeiter, täglich zu bestehen haben, näheres mitteilen.

Überall gibt es in unserem unglücklichen Volke Arbeiter, die mit Begeisterung und Selbstlosigkeit kämpfen, furchtlose Arbeiter, die sich aber nicht im geringsten um das klammern, was sich außerhalb der Grenzen zuträgt. Warum sollten sie es auch, solange sie der Meinung waren oder sind, daß man jenseits der spanischen Grenze keinerlei Teilnahme für ihr Land übrig habe.

Zu Spanien gab es zu allen Zeiten Ausbeuter und Regierungstyrannen, die das geduldige Volk gemeinlich frechteten. Aber die inebelnende Zweifaltigkeit, ... die uns gegenwärtig mißregiert, übertrifft um vieles alle bisherigen Mächthaber, auch die unfähigsten, die niemals in stände waren, irgend etwas Nützliches zu leisten. Durch den verhängnisvollen Marokk-Krieg wird überall Trauer und Elend im Lande verbreitet. Die hohen Militärs, die als solche über die Mittel verfügen, um das endlose marokkanische Abenteuer zu beendigen, sie, die 1917 die Regierungsgewalt an sich rissen und seither ununterbrochen in Händen geblieben, sie sind es, die heute die größte Unwissenheit und Hilflosigkeit in den elementarsten Anforderungen ihres Waffenhandwerks an den Tag legen. Sie hatten die ganze Macht des Staates und der Wirtschaft vollständig in ihren Diensten, dessenungeachtet haben diese Sporen- und Säbelträger bisher nichts Vernünftiges geleistet.

Die politische Freiheit wurde abgeschafft, die politischen Parteien gewaltlos aufgelöst und verboten. Liberale und Konservative stellen abwechselnd die monarchistische Gewaltherrschaft. Die Republikaner, als rückständige Politiker, die in ihrer Mehrheit ebenso wie die Monarchisten selbst verantwortlich sind für die gegenwärtige Lage, vertuschen sich wie die Wiesel vor dem Sporen- und Säbelgerassel. Diese Partei ist in solchen Verur geraten, daß ihre geunderten Teile bereits begonnen haben, ins sozialistische Lager abzuweichen, weil dieses das einzige Bollwerk ist, wo die spanische Demokratie Schutz finden kann.

Die militärischen Diktatoren haben nun eine Partei gegründet, der sie den Namen „Union Patriótica“ gegeben haben. Es ist dies ein Zusammengewürfel von all dem Auswurf der Reaktion und der früheren Parteien, die dazu bestimmt sind, eines Tages die Verantwortung für den militärischen Zusammenbruch und den der Regierung auf sich zu nehmen.

Die Freiheit der Gewerkschaften ist einer schändlichen Unterdrückung ausgesetzt, daß es dem spanischen Proletariat nur mit den schwersten Opfern möglich ist, die Organisationen aufrechtzuerhalten. Die Auflösung der Arbeiterverbände auf dem Lande und auch in einigen größeren Städten ist an der Tagesordnung. Versammlungen werden nur in ganz wenigen Fällen gestattet und stets nur nach vorheriger Bekanntgabe der zur Besprechung stehenden Angelegenheiten. Die sozialistische und die Gewerkschaftspresse untersteht einer strengen Zensur. Es herrscht bei uns ein Zustand, von dem man behaupten kann, daß es in Spanien überhaupt weder Versammlungs- noch Vereinsrecht noch Pressefreiheit gibt, daß man sogar daran ist, auch noch die Gedankensfreiheit abzuschaffen.

Unter dem Namen traugigen Zuständen ist, wie leicht verständlich, eine entwicklungsfähige Arbeiterorganisation, wie wir sie alle erstreben, nicht zu erhoffen, aber ebensowenig ist die spanische Arbeiterorganisation soweit, daß man sie, wie man in Spanien sagt, zum alten Eisen werfen möchte. Der Allgemeine Spanische Gewerkschaftsbund (Abteilung der Amsterdamer Internationale) ist eine ernst zu nehmende und tatkräftige Organisation. Ihr angegliedert sind die Gruppen der Metallarbeiter, die ihrerseits den Landesverband der spanischen Metallarbeiter bilden, der ja bekanntlich der Eisernen Internationale angehört.

Unser Metallarbeiterverband befindet sich heute im Zustand der organisatorischen und geistigen Festigung. Deren guter Fortgang läßt erhoffen, daß wir nächstens die Wirkungen des Zwiespaltes und der Zerrüttung vollends überwinden haben werden, die die anarchistischen Phantasten und die kommunistischen Einheitsfrontkämpfer verurteilt haben.

Unser Land ist von der Natur keineswegs stiefmütterlich bedacht. Die Gegend von Biscaya birgt viele Bergwerke, an die sich Unternehmen für die Weiterverarbeitung von Erz und Metall anschließen. Die Gegend von Montinto hat reiche Kupferbergwerke und Giebereien, das Gebiet von Asturia birgt Kohle und Erz. Die ganze Provinz Catalonien ist reich an Industriebetrieben. Dazu ist Spanien mit einem vielgestaltigen Netz von wasserreichen — und manchmal auch wasserarmen — Flußläufen versehen, die, wenn richtig ausgenutzt, nicht nur die elek-

trische Kraft für das ganze Land liefern, sondern auch als billige Beförderungsmittel für die Bodenschätze und die Industrieerzeugnisse dienen könnten. Leider ist es mit einer solchen Ausnutzung noch recht schlecht bestellt und die spanische Industrie ist noch dermaßen unentwickelt, daß sie an einen Wettbewerb mit anderen Ländern gar nicht denken kann. Nur während des Weltkrieges, als die anderen Völker, anstatt ihre Industrien zu betreiben, sich gegenseitig abwürgten, machten die Metallwerke von Biscaya gute Geschäfte.

Unter den spanischen Industrien ist die der Metalle am besten entwickelt. Sie ist wegen ihrer wirtschaftlichen Wichtigkeit dazu berufen, die Förderung des Fortschritts der anderen Gewerbe Spaniens zu sein, weshalb die Metallarbeiter die geschäftigsten Arbeiter sind. Aus den Berichten, die wir von Zeit zu Zeit senden werden, können die deutschen Kollegen ersehen, wie sich die spanische Arbeiterbewegung weiter entwickelt. Sie ist zwar noch etwas rückständig, aber sie ist voll Lebenswillen und — romantisch; sie ist mit Begeisterung dabei, ihren Platz einzunehmen in dem großen Befreiungskampfe, den das Weltproletariat führt zur Verwirklichung seiner erhabenen Ziele, die die Hoffnung der gequälten und unterdrückten Menschheit sind. Manuel Figuera.

## Umstellung der Gewerkschaftsbewegung Norwegens

Der Ansjhøj des feiner Gewerkschaftsinternationale angehörenden norwegischen Gewerkschaftsbundes hielt vom 30. September bis 2. Oktober in Kristiania eine Sitzung ab, die sich mit dem Verhältnis des Gewerkschaftsbundes zum Internationalen Arbeitsamt, den internationalen Verbindungen und dem Verhältnis zu den bestehenden drei politischen Arbeiterparteien befaßte. Zum ersten Punkte lag ein Vorschlag des Vorstandes vor, in dem darauf hingewiesen wird, daß bei einer neulich stattgefundenen Gewerkschaftskonferenz die dänischen und schwedischen Vertreter die Abwesenheit eines norwegischen Vertreters sehr bedauert hätten, da dies zur Schwächung der Arbeitergruppe beim Arbeitsamt beitrage. Der Vorstand schlug deshalb vor, daß der Gewerkschaftsbund zukünftig einen Vertreter zur Teilnahme an den Arbeitskonferenzen in Vorschlag bringe. Dieser Vorschlag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein von kommunistischer Seite gestellter Antrag, daß dieser Beschlus nur für das Jahr 1925 Geltung habe, wurde mit 33 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Betreffend die internationalen Verbindungen berichtete der Vorstand, daß die schwedischen und dänischen Gewerkschaften während der im Frühjahr stattgefundenen großen Arbeitskämpfe sehr große Beträge an die norwegischen Gewerkschaften abgeführt hätten, trotzdem der norwegische Gewerkschaftsbund keine organisatorischen Beziehungen zu den Gewerkschaften dieser Länder unterhält. Ein derartiges Verhältnis sei doch auf die Dauer unhaltbar und deshalb beantragte der Vorstand: „Der Ansjhøj ermächtigt den Vorstand zur Einberufung einer Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Schweden, Dänemark, Finnland und Norwegen, um auf dieser zu prüfen, wie die internationale Einheit am besten wiederhergestellt werden kann.“ Diese Entschlieung wurde mit 55 gegen 21 Stimmen angenommen. Ein kommunistischer Antrag, auch die Moskauer Gewerkschaftsinternationale zu dieser Konferenz einzuladen, wurde abgelehnt. Schließlich wurde noch ein vom Vorstand gestellter Antrag angenommen, wonach der Norwegische Gewerkschaftsbund seine volle Unabhängigkeit von den politischen Parteien erklärt und zukünftig keine dieser Parteien finanziell unterstützen wird. Bisher waren die Gewerkschaften gemeinsam der kommunistischen Arbeiterpartei angeschlossen.

## Arbeitsuche in Rußland

Die „Iswostia“ vom 19. September 1924 enthält folgende Notiz: „Die Verwaltung der Oltoberbahn erhielt einen Brief von einer Gruppe deutscher Arbeiter aus Magdeburg, sie bieten sich an als Spezialisten im Lokomotivbau und möchten in einer Eisenbahnwerkstätte einer Sowjetbahn als Lokomotivschlosser beschäftigt werden. Sie seien vollständig mit den allerneuesten Lokomotivkonstruktionen vertraut.“

Dazu äußert sich ein in Rußland beschäftigter Kollege wie folgt: „Die Verwaltung der Sowjet-Oltoberbahn bringt diese Art Arbeitsgelegenheit in die Öffentlichkeit, um damit einen gewissen Druck auf die bei ihr beschäftigten Arbeiter auszuüben. Der Vorgang ist nicht neu. Die Sowjetbetriebsverwaltungen und die ausländischen Konzeptionsfirmen werden mit einer wahren Flut solcher Vettelbriefe überhäuft. Sie stammen hauptsächlich von deutschen Metallarbeitern, die sich dazu noch in schamloser Weise unterbreiten. Sie wollen unter allen Umständen im Sowjetparadies Arbeit erhalten. Die drüber arbeitenden deutschen Arbeiter und vor allen Dingen die einheimischen Arbeiter haben unter diesen Angeboten zu leiden. Ihnen hält man höhnlich diese Vettelbriefe unter die Nase mit dem Bemerkung, daß viele auf diesen Arbeitsplatz warten. Das hat seine Wirkung, denn die Arbeitslosigkeit ist in Rußland sehr groß. Darum bilden die russischen Arbeiter mit Verachtung auf solche Anerbieten, die in der Regel mit dem Gebilde beginnen: „Ich bin mit Leib und Seele Kommunist,“ oder „Es ist mein heißester Wunsch, Sprache und Gebrauche des heldenhaften russischen Volkes kennen zu lernen,“ oder gar, daß sie es als ihre höchste Lebensaufgabe betrachten, „am Aufbau des heiligen russischen Reiches mitzuhelfen.“ Mit solchen Redensarten soll ihr unsolidarisches Verhalten verdeckt werden. Beantwortet werden diese Vettelbriefe fast gar nicht, sie erfüllen nur in der vorgezeichneten Art ihren Zweck gegenüber der einheimischen Arbeiterschaft. Auf diesem Gebiet sind nämlich die Sowjetbürokraten groß.“

Was die Arbeitsmöglichkeit betrifft, so wird nur höchst selten ein besonders tüchtiger Metallarbeiter eingestellt. Der neue wird dann nach Lohnklasse 8 = 48 Kopeten (ungefähr 90 % unterer Währung) bezahlt. Das ist der höchste Lohn, der überhaupt bezahlt wird, und wer ihn erhält, muß schon ein Fachmann von außerordentlichen Fähigkeiten sein. Trotz der billigen Lebensmittel ist es aber den deutschen Arbeitern unmöglich, damit auszukommen.

## Eine dritte Landeszentrale in Frankreich

Der Austritt der anarcho-syndikalistischen Bauarbeiter des Seine-Departements aus dem kommunistischen Gewerkschaftsbund (C.G.T.U.) wirkt in Frankreich wie ein Alarmglocke und zeigt, daß die Uneinigkeit innerhalb der C.G.T.U. viel größer war, als man im allgemeinen annahm. Die anarcho-syndikalistische Minderheit der C.G.T.U. hat ihre Anhänger für den 1. November zu einem Kongreß eingeladen. Dieser findet am Vorabend der Ausschreibung des Landesverbandes der Bauarbeiter und gleichzeitig mit dem Anarchistenkongreß statt. Sowohl die kommunistische als auch die Presse der freien Gewerkschaften hält die Gründung einer dritten Landeszentrale der Minderheit der C.G.T.U. auf 1. Januar für wahrscheinlich.

Der Réveil Ouvrier schreibt über die Lebensaussichten einer solchen Zentrale: „Sie ist wegen ihrer kleinen Anhängerschaft im vornherein zur Machlosigkeit verurteilt. Denn sie wird außer der Föderation der Bauarbeiter und 5 bis 6 Departementsverbänden wenig Mitglieder zählen. Ihr Dasein wird aber die allgemeine Verwirrung vergrößern und ihre Gründung wird von allen wahren Freunden der Einheit bedauert werden.“

## Skandinavische Elektrikerverbände

Die Elektrikerverbände Dänemarks, Schwedens und Norwegens hielten vom 12. bis zum 15. September in Kopenhagen eine Konferenz ab. Diese Verbände haben, ebenso wie viele andere Gewerkschaften der skandinavischen Länder, unter sich ein besonderes Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, hauptsächlich zur Unterstützung bei Arbeitskämpfen. Bei den Elektrikern richtete diese Unterstützung sich bisher nach der Mitgliederzahl des kleinsten der angeschlossenen Verbände. Nunmehr wurde der Gegenseitigkeitsvertrag dahin abgeändert, daß die beiden Verbände, die nicht am Kampfe beteiligt sind, auf jedes ihrer Mitglieder wöchentlich 1,50 Kronen Unterstützung zahlen sollen. In betref der Industriebetriebsfrage wurde beschlossen, daß sie ihre Sonderorganisationen beibehalten wollen.

## Arbeitszeit in Großbritannien

Während des Jahres 1923 hat der Generalrat des britischen Gewerkschaftskongresses einen Fragebogen an die angeschlossenen Organisationen ausgesandt, um damit die normale wöchentliche Arbeitszeit der Mitglieder festzustellen. Das Ergebnis der Umfrage war folgendes: Es arbeiteten

40 Stunden in der Woche	24 500 Mitglieder
42 " " " "	600 600 " "
44 " " " "	305 687 " "
46 " " " "	8 500 " "
46 1/2 " " " "	11 590 " "
47 " " " "	984 224 " "
48 " " " "	1409 613 " "

Es arbeiten somit 3 523 000 Personen, also praktisch die gesamte gewerkschaftliche Mitgliedschaft Englands, 48 und weniger Stunden die Woche.

Zunahme der italienischen Auswanderung. Eine vom italienischen Auswanderungsamt für 1923 veröffentlichte Statistik zeigt ein bedeutendes Anwachsen der Auswanderung sowohl nach Übersee wie nach anderen Ländern. Die Rückwanderung zeigt wenig Änderung. Die Gesamtzahl der Auswanderer war 348 079, über 100 000 mehr als 1922. Das wichtigste Aufnahmeland ist, wie vor dem, Frankreich, wozu 1923 142 990 italienische Auswanderer gingen, verglichen mit 85 816 in 1922. Auch nach den meisten anderen europäischen Ländern wanderten 1923 mehr Italiener aus als im vorausgegangenen Jahr.

Die 44-Stundenwoche in Neuseeland. Regierung und Privatunternehmer haben in Neuseeland versucht, im ganzen Lande die 48-Stundenwoche einzuführen. Nun hat aber der Arbeiterbund von Neuseeland die Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß er sich jeglicher Erhöhung der Arbeitszeit in Betrieben, wo nur 44 Stunden gearbeitet wird, widersetzen wird. Voller 79 v. H. der Arbeiter Neuseelands gemessen bereits die 44-Stundenwoche und es besteht die Gefahr des Ausbruchs von Streikfronten, falls die 44-Stundenwoche nicht allgemein eingehalten werden sollte.

Mexikanische Gewerkschaften und Amsterdam. Ricardo Trevino, der kürzlich in Amsterdam weiltende Generalsekretär des Mexikanischen Gewerkschaftsbundes und früherer mexikanischer Arbeitsminister, erklärte, daß er auf dem im November stattfindenden Kongreß des Mexikanischen Gewerkschaftsbundes den Anschluß an Amsterdam vorschlagen werde. Trotz der Unruhen der letzten Jahr ist die mexikanische Gewerkschaften 800 000 Mitglieder. General P. Calles, der für die nächste Regierungsperiode gewählte Präsident von Mexiko, ist selbst ein Gewerkschafter.

Ein Reichswirtschaftsrat in Japan. Vor kurzer Zeit wurde in Japan ein Reichswirtschaftsrat eingesetzt, der unmittelbar der Aufsicht des Ministerpräsidenten untersteht. Er hat sich mit allen wichtigen Angelegenheiten zu befassen, die den wirtschaftlichen Fortschritt des Reichs betreffen, sowie den einzelnen Ministerien Auskunft über von ihnen gestellte Fragen zu geben. Auch kann er den Ministerien Vorschläge machen. Von den Mitgliedern dieses Rates haben mehrere an den Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz teilgenommen.

## Schema zur Berechnung einer Eisenmischung.

Gußart: Poterieguß. Eisenstärke durchschnittlich unter 10 Millimeter. Siliziumgehalt in der fertigen Gußware etwa 2,5 v. H.

kg	Material	Kohlenstoff	Silizium	Mangan	Phosphor	Schwefel
		% kg	% kg	% kg	% kg	% kg
20	Hämatit	1,0 0,80	3,5 0,70	1,0 0,20	0,07 0,014	0,08 0,006
30	Luzemburg III	3,7 1,11	8,0 0,90	0,7 0,21	1,50 0,450	0,02 0,006
50	Brucheseisen	3,5 1,75	2,2 1,10	0,6 0,50	0,90 0,450	0,10 0,050
100	Eisenmischung	— 3,66	— 2,70	— 0,71	— 0,914	— 0,062
	Abbrand u. Schwefel-					
	anreicherung	—	-10 0,27	-18 0,11	—	+50 0,081

Chemische Zusammen-  
setzung des fertigen  
Gusses . . . . . 3,66 % Kohlenstoff, 2,43 % Silizium, 0,60 % Mangan, 0,91 % Phosphor, 0,093 % Schwefel

In der Voraussetzung, daß die durch den Chemiker festgestellte chemische Zusammensetzung der Rohmaterialien und Brucheseisen richtig sind, würde tatsächlich die fertige Gußware mit einigen kleinen Schwankungen enthalten:

3,66 v. H. Kohlenstoff, 2,43 v. H. Silizium, 0,60 v. H. Mangan, 0,91 v. H. Phosphor, 0,093 v. H. Schwefel

Will man sich von der Richtigkeit überzeugen, so braucht man bloß von einigen Abfallstücken vorstehender Eisenmischung etwa 120 Gramm Bohrspäne zu entnehmen und dem Chemiker zur Untersuchung einzureichen. Das Ergebnis des Chemikers wird mit dem Ergebnis der errechneten Eisenmischung ziemlich übereinstimmen.

Die als Beispiel angenommene Eisenmischung entspricht zufällig den Bedingungen. Hätten wir nun folgende Eisenmischung angenommen:

80 kg Hämatit	=	3,5 · 80	=	1,05 kg Silizium
20 " Luzemburg III	=	8,0 · 20	=	0,60 " "

berücksichtigen sind, hingewiesen. Wenn eine Eisenmischung in unserem Kupolofen heruntergeschmolzen wird, so darf man nicht erwarten, daß alle Eisenbestandteile hiervon unberührt bleiben. Man hat durch viele Versuche festgestellt, daß beim Umschmelzen der Eisenmischung das Element Silizium im Mittel 10 v. H., das Mangan 15 v. H. verliert. Der Phosphor und der Kohlenstoff verhalten sich neutral. Dagegen findet eine Schwefelaufnahme, die aus dem Schmelzlof kommt, von im Mittel 50 v. H. statt.

Unter Berücksichtigung dieser Erscheinungen wollen wir nunmehr zur Berechnung der Eisenmischung schreiten. Wir werden eine Eisenmischung auf 100 kg bezogen veranschaulichen aufstellen:

20 kg Hämatit  
30 kg Luzemburg III  
50 kg Brucheseisen  
100 kg

Nun werden wir einmal rechnerisch nachprüfen, ob eine angenommene Eisenmischung den prozentualen Siliziumanteil von etwa 2,5 v. H. ergibt. Zu diesem Zwecke wollen wir die in der Tabelle erlernte Dreifachrechnung anwenden. Nehmen wir der Reihe nach die Rohmaterialien vor und bestimmen wir für 20 kg Hämatit den Siliziumgehalt ebenfalls in kg ausgedrückt. Laut Angabe hat unser Hämatit einen Siliziumgehalt von 3,5 v. H., mithin können wir nun folgendes Schema aufstellen:

in 100 kg Hämatit sind 3,5 v. H. Silizium  
= 20 " " " " = x kg Silizium  
Somit ist: x =  $\frac{3,5 \cdot 20}{100}$  = 0,70 kg Silizium

in Luzemburg III x =  $\frac{8 \cdot 30}{100}$  = 0,90 " "  
" Brucheseisen x =  $\frac{2,2 \cdot 50}{100}$  = 1,10 " "

In der Eisenmischung sind also . . . 2,70 kg Silizium  
Durch Umschmelzen 10 v. H. Verlust = 0,27 " "  
Verbleibt in der Fertiguare . . . . . 2,43 v. H. Silizium

Dieser Hundertsatz genügt, um ein bearbeitungsfähiges Eisen zu erhalten.  
Daselbe Rechnungsverfahren auf das Mangan angewendet ergibt:

in 100 kg Eisen sind 1 kg Mangan  
= 20 " " " " = x " "  
Somit ist: x =  $\frac{1 \cdot 20}{100}$  = 0,20 kg Mangan

in Luzemburg III x =  $\frac{0,7 \cdot 30}{100}$  = 0,21 " "  
" Brucheseisen x =  $\frac{0,6 \cdot 50}{100}$  = 0,30 " "

In der Eisenmischung sind also . . . 0,71 kg Mangan  
Durch Umschmelzen 15 v. H. Verlust = 0,11 " "  
Verbleibt in der Fertiguare . . . . . 0,60 kg Mangan

Beim Schwefel erfolgt bekanntlich eine Anreicherung von 50 v. H.:  
in 100 kg Hämatit sind 0,08 kg Schwefel  
= 20 " " " " = x kg Schwefel

Somit ist: x =  $\frac{0,08 \cdot 20}{100}$  = 0,006 kg Schwefel  
in Luzemburg III x =  $\frac{0,02 \cdot 30}{100}$  = 0,006 " "  
" Brucheseisen x =  $\frac{0,10 \cdot 50}{100}$  = 0,050 " "

In der Eisenmischung sind also . . . 0,062 kg Schwefel  
Schwefelanreicherung aus dem Roß + 50 v. H. = 0,081 " "  
Verbleibt in der Fertiguare . . . . . 0,093 kg Schwefel

Da bekanntlich das Phosphor und der Kohlenstoff sich neutral verhalten, kommen keine Abbrandziffern zur Berechnung. Zur Vollständigkeit seien die Berechnungen in einem übersichtlichen Schema zusammengefaßt.

### „Vaterlandslosigkeit“ der Gewerkschaften

Von jeher bildet die „Vaterlandslosigkeit“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften einen beliebten Gegenstand der kapitalistischen und bürgerlichen Zeitungen. Vom Mittelblatt bis hinunter zu seiner Majestät wurden die freien Gewerkschaften als „vaterlandslose Gesellen“ hingestellt. Das war so vor, während und nach dem Kriege. In Zeiten der Ruhrkämpfe sind wir wegen einiger Aufsätze in der Metallarbeiter-Zeitung, worin wir unsere Kameraden in der Ruhr und anderswo ermahnten, aufzupassen, daß sie nicht die Geschäfte der Vaterlandsfeinde im eigenen Lande besorgen, sondern nur ihre eigene Sache und die der freien Republik im Auge behalten, von einigen Unternehmern scharf angefahren worden. Mangel an Patriotismus war das mindeste, was uns vorgeworfen wurde. Und vor einigen Wochen, als wir uns über die Kriegsschuld ausließen, erdreiste sich ein gelber Ehrenmann, der für industrielle Silberlinge der kapitalistischen Knochenmühle Proleten zutreibt, uns des Landesverrats zu beschuldigen, den zu rächen der Staatsanwalt angetreten wurde.

Selbstverständlich dachten und denken wir nicht daran, uns mit gelben Ehrenmännern und kapitalistischen Federweibern über vaterländische Befahrung zu unterhalten. Wie die unser Tun bewerten, ist uns gleichgültig. Auch veranlassen uns die Anwesenheit feindlichen Willens sowie gewichtige außenpolitische Umstände zur Zurückhaltung. So mühten wir uns wohl oder übel darauf beschränken, die Burschen durch kurze Winke zu befähigen. Da nun aber die Gründe, die uns Rücksichtnahme geboten, immer mehr schwinden, so steht nichts im Wege, gelegentlich an der Hand von Tatsachen Vergleiche zu ziehen zwischen der „Vaterlandslosigkeit“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der der Brotgeber der gelben Klaffen. Dies soll mehr gesehen zur Aufklärung derer, die immer noch nicht die wirkliche vaterländische Gefinnung unserer industriellen Patrioten kennen, als deren Dienstbefähigung zur Wahrheit zu belehren. Es ist ganz zwecklos, von diesen ein Eingeständnis der unermesslichen Arbeit zu erwarten, die die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ jederzeit für ihr Land, dessen arbeitendem Volke und dem Staate geleistet haben. Zu einer solchen Würdigung bedarf es Urteilsfreiheit oder geistiger Unabhängigkeit, die die gelben Kröpfe nicht haben dürfen. Wer sich jedoch eine Selbstständigkeit bewahrt hat, kann nicht umhin, den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ hohes Lob für ihr Tun und Handeln für Land und Volk zu spenden.

Dies tut neuerdings Karl Drammer im Berliner Tageblatt vom 25. Oktober in einem Aufsatz: Die Schlacht im Siebenbürgen. Nachdem er die furchtbare Drangsal der Ruhrbevölkerung während der Besetzung als auch die Gefahr der Lostrennung des Rheinlandes von Deutschland gestreift, fährt er fort:

Auch wer nicht Sozialdemokrat ist, aber in den letzten Jahren manche Dinge aus nächster Nähe gesehen hat, der muß jetzt die Pflicht fühlen, öffentlich zu erklären: Wenn einmal eine Geschichte der Vaterlandsiebe der Nachkriegszeit geschrieben wird, so wird darin für die Massen der Sozialdemokratie eines der schönsten Kapitel geschrieben werden. So immer es galt, deutsches Land dem Reich zu erhalten, in Schleswig, Ost- und Westpreußen, Oberschlesien, am Rhein und an der Ruhr: die deutschen Arbeiter und Angehörigen, die sich zur Sozialdemokratie gählen, haben sich voll bewährt.

Was Karl Drammer sagt, liegt sich leicht durch Anführung von Einzelheiten bekräftigen. Wir verzichten darauf, jondern jügen nur bei, daß sich die Masse derer, die allermächtig und nachdrücklich für die Erhaltung des Reiches tritten, die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“, nicht zum wenigsten die Mitglieder der Metallarbeiter-Verbände bildeten, eben dieselben, die von gelben Kröpfen als vaterlandsfeindlich hingestellt werden. Eigentlich kann man diesen armen Kreaturen nicht einmal einen Vorwurf an ihrer Wahrheitsliebe machen, denn sie sind auf die Projekte der Granatensünder und Großjücker angewiesen, und diese verlangen für das large Futter, das sie spenden, Eigen und immer wieder Eigen.

### Gustav Dhusmann-Epplingen †

Durch einen frühen Unglücksfall wurde der erste Bevollmächtigte unserer Verwaltungstelle Epplingen, Gustav Dhusmann, aus dem Leben gerissen. Nach Verlassen einer Funktionärskonferenz wollte er in den Abendstunden des 28. Oktober die Straßengasse zum Heimkehr benutzen. Dhusmann sprang auf den bereits in Fahrt befindlichen Motorwagen und kam dadurch dem Kopf einer Haltertafel zu nahe, wurde herabgerissen und unter dem in voller Fahrt befindlichen Anhängewagen geschleudert. Die Räder gingen ihm über die Brust und noch auf dem Weg zum Krankenhaus trat der Tod ein.

Gustav Dhusmann hat ein Alter von 43 Jahren erreicht. In Sachsenhausen, Kreis Wostsch (Baden) geboren, verließ er seine ländliche Heimat und zog in die Welt. Er arbeitete als Siedereiarbeiter und fand als Kennmacher später eine ihm befriedigende Veranstellung. Sein Neizegen führte ihn nach Sachsen und in Dabelau emward der 29jährige im Jahre 1910 die Mitgliedschaft unseres Verbandes. Mit der Begeisterung und Treue, die Menschen eigen ist, die aus der ländlichen Umgebung kommen und Ruhe in den Joang und das Gassen der Industrie fanden, stellte sich Dhusmann in den Dienst des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der neuemommenen Ideen des Klassenkampfes. Später jagte er in Hannau Fuß und wurde von hier aus im Jahre 1919 als erster Bevollmächtigter für Epplingen gewählt. In den fünf Jahren seiner Angelegenheitsfähigkeit hat er sich das volle Vertrauen seiner Epplinger Kollegen erworben. Als Vertreter der Epplinger Kollegen war er auf dem Jenauer und dem Kaffeler Verbandstag. Auch als Stellvertreter von Dhusmann tätig und ist dadurch weiteren Preisen der deutschen Arbeiterklasse bekannt geworden. Die Metallarbeiter werden dem so früh Dahingegangenen Gustav Dhusmann ein ehrendes Andenken bewahren.

50 kg Brauchstein	= 22-50	= 110 kg Silizium
100 • Eisenmischung enthalten	• 275 kg Silizium	
Abhängig 10 u. S. Abbrand	• 027	
Rechtlich in der Fertigung	• 248 - 25 u. S. Silizium	

so würde die Fertigung aus geringes mehr an Silizium enthalten. Diese Umstellung ist aber nicht nötig, da schon 2,5 u. S. Silizium in der Fertigung genügen. Aber auch aus wirtschaftlichen Gründen empfiehlt es sich nicht, Siliziummengen höher einzusetzen, als unbedingt notwendig ist, weil das Siliziumerzeugnis erheblich teurer ist, als z. B. das Kupfererzeugnis.

Das Schmelzverfahren ist noch besser, daß die gewichtsmäßige Abgabe den Schmelzern auf der Schmelztafel bekannt gemacht werden muß. Das richtige Schmelzgewicht eines Schmelzergutes richtet sich nach der tatsächlichen Schmelzleistung des Kupfererzeugnisses. Selbst z. B. ein Eisen die Stunde 400 kg flüssiges Eisen, so müßte man das Gewicht des Schmelzergutes gleich 10 u. S. der tatsächlichen Schmelzleistung, also:

100	= 400 kg
Dieses Gewicht auf unser gewöhnliches Beispiel angewendet ergibt folgende richtig abgemessene Mischungen:	
20 u. S. Silizium	= 80 kg Silizium
30 • Zugleistung III	= 120 • Zugleistung III
50 • Brauchstein	= 200 • Brauchstein
100 • gleich	= 400 kg Silizium

Dem anfangs erwähnten Fehler wird die Möglichkeit der Mischungen nicht entzogen sein. Nur auf diese Weise ist es möglich, die richtige Schmelzung mit Sicherheit anzustellen zu können. Gleichzeitig wird aber auch die Wirtschaftlichkeit des Schmelzverfahrens wesentlich gefördert. Besonders heute, wo wir mit dem Feinblech zu rechnen haben, ist es ein Gebot der Pflicht, unsere Kräfte zu wahren. Hugo Mainz, Eisen- und Stahlwerke.

### Sachverständigen Gutachten und Achtstundentag

Bei dem Streit um das Damesgutachten hat auch die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit eine erhebliche Rolle gespielt. Die Arbeitgeberverbände und auch unsere Freunde von links stellen die Behauptung auf, daß nach Annahme des Damesgutachtens die deutsche Arbeiterkraft gezwungen wird, länger zu arbeiten, um so die im Damesplan vorgeschriebenen Leistungen erfüllen zu können.

In der sogenannten Denkschrift der Arbeitgeberverbände über die Arbeitszeit wird immer wieder behauptet, daß es nur der Feind sei, der die guten deutschen Unternehmer lediglich unter dem Druck des Damesplanes so handeln müßten. Sie fordern in ihrer Denkschrift eine Steigerung der Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit, insbesondere durch die Einführung des Zweischichtensystems. Um die Gelder für die Leistungen aus dem Damesplan aufzubringen, müßten, so schlussfolgern die Arbeitgeber, die Arbeitslöhne in Deutschland wesentlich niedriger und die Arbeitszeit erheblich länger bemessen werden als im Auslande.

Nach Ansicht der Unternehmer soll also die von dem Sachverständigen Gutachten verursachte Mehrbelastung des deutschen Volkes durch eine allgemeine nachhaltige Arbeitszeitverlängerung ausgeglichen werden. Bei dieser Behauptung dürfen sich die Arbeitgeber über die Tragweite ihrer Forderung selber nicht klar sein. Sie haben offenbar noch keine Aufrechnung gemacht, wieviel Arbeitsstunden jährlich notwendig wären, um die Leistungen des Damesgutachtens zu begleichen.

In der Weltbühne nimmt ein Finanzsachverständiger zu der Frage „Damesgutachten und Arbeitszeit“ Stellung. Er stellt eine Berechnung auf, wonach sich die Leistungen des Damesgutachtens in Arbeitszeit ausdrücken. Die Berechnung besteht im folgenden: Es gibt nach den neuesten Verichten im Deutschen Reich 33 Millionen erwerbsfähige Personen. Nimmt man von jeder 300 Arbeitsstunde zu je 8 Arbeitsstunden an und dazu einen durchschnittlichen Verdienst von 60 Goldpfennigen die Stunde, so würde das für ganz Deutschland eine Lohnsumme von 40 Milliarden Goldmark ergeben bei jährlich rund 80 Milliarden Arbeitsstunden.

Nach dem Sachverständigen Gutachten stellt sich die deutsche Leistungspflicht für Viebergutmachung wie folgt:

im 1. Jahre 1924/25	• 1	1 Milliarde Mark	
• 2	• 1925/26	• 1	220 Millionen Mark
• 3	• 1926/27	• 1	200
• 4	• 1927/28	• 1	750
• 5	• 1928/29	und	
folgende Jahre	• 2	• 500	

Im ersten Jahre nach Inkrafttreten des Damesgutachtens werden von der 1 Milliarde 800 Millionen Mark durch Auslandsanleihe gedeckt, so daß Deutschland noch etwa 200 Millionen Mark zu leisten hätte. Dies bedeutet, daß die durchschnittliche Arbeitszeit, um diesen Betrag aufzubringen, nur um den zweihundertsten Teil, anders ausgedrückt, täglich um 2 Minuten und 24 Sekunden verlängert zu werden braucht.

In den folgenden Jahren stellt sich die jährliche Reparationslast laut Damesplan auf etwa 1 1/2 Milliarde Mark, das heißt auf den Wert von 2 1/2 Milliarden Arbeitsstunden. Diese 2 1/2 Milliarden Arbeitsstunden durch sämtliche Erwerbsfähige im Reich abzutragen, bedeutet eine tägliche Arbeitszeitverlängerung um 14 1/2 Minuten, also um eine Viertelstunde. Vom ersten Normalreparationsjahre, wahrscheinlich von 1928/29 an, soll dann Deutschland jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark zahlen oder den Wert von 5 Milliarden Arbeitsstunden. Selbst bei dieser höchsten Reparationsleistung würde sich eine Arbeitszeitverlängerung von nur einer halben Stunde notwendig machen.

Diese Berechnung in der Weltbühne geht von den Voraussetzungen aus, daß in den nächsten Jahren durch technische Verbesserungen u. a. die Produktion nicht gesteigert wird. Es ist also, wenn man die Produktionssteigerung auf Grund technischer Neuerungen, welche bestimmt nicht ausbleiben werden, in Betracht zieht, eine noch geringere Arbeitszeitverlängerung als die oben errechnete ausreichend. Wenn man weiter in Betracht zieht, daß die schematische Durchführung des Achtstundentages überhaupt noch nie bestanden hat, sondern die Normenzeit zeitweiliger Mehrarbeit auch von den Gewerkschaften anerkannt worden ist, so dürfte sich nach einer genaueren Berechnung ergeben, daß eine Arbeitszeitverlängerung überhaupt nicht notwendig ist.

Als weiterer Umstand kommt aber noch hinzu, daß in den letzten Monaten hunderttausende von Arbeitern keine Arbeitsmöglichkeit hatten, also aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen waren. Nach Einrechnung dieser großen Zahl Erwerbsloser in die Produktion würde bestimmt jede Arbeitszeitverlängerung, welche die Unternehmer glauben, daß sie nach dem Damesgutachten notwendig sei, überflüssig sein.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß die Unternehmer die Mehrarbeit nur haben wollen, um ihren eigenen Profit zu steigern, und für diesen Zweck muß eben jeder Vorgang herhalten. Die Behauptung, das Damesgutachten und der Feindbund zwängen die Unternehmer zu ihrer Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit, wird nur gemacht, um die Klauheit der Industrien zu verbrämen. Sie müßten es schon etwas schlaner anfangen, wenn sie Glauben finden wollten, diese unerfährlichen Besenmacher. J. S.

### Arbeitszeit- und Löhnerverhandlungen in der Metallindustrie, Nordwestliche Gruppe

Die durch Schiedsgericht vom 13. und 14. Juni 1924 festgelegten Verträge für die Betriebe der Metallindustrie der Nordwestlichen Gruppe bezüglich Regelung der Lohn- und Arbeitszeittage wurden von den Metallarbeiterverbänden zum 1. Oktober gekündigt. Maßgebend für die Kündigung war zunächst die Tatsache, daß nach der Lohnregelung im Juni eine weitere wesentliche Steigerung der Lebenshaltung eingetreten war. Der Arbeitgeberverband bestritt zwar ganz entschieden die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung und er versuchte nachzuweisen, daß sogar in einigen Städten der Lebenshaltungszustand gesunken sei. Der Reichsverband sei zwar vom 1. Januar bis 10. September 1924 um 4,5 u. S. gestiegen, aber die Erhöhung der Löhne vom 13. Juni 1924 hätte längst und ausgiebig diese Steigerung ausgeglichen.

Die der Reichsverband zusammengestellt ist, ist für die Gewerkschaften ein wenig Mittel, denn in dem Zeitraum vom 12. August bis 12. September 1924 verzeichnet die bürgerliche Presse in Eisen eine Steigerung des Lebensmittelpreises (ohne Bekleidung und Wohnung) um 10,77 u. S. Freilich steht ferner, daß die Preise zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet sich ziemlich ausgeglichen haben. Also der Preis, daß eine Lohnerhöhung dringend notwendig ist, ist erwiesen. Die Arbeiterkraft konnte und kann mit ihrem Einkommen keine die notwendigen Lebensmittel erwerben, ohne an Erwerbslosen oder Erzeugnissen im Haushalt zu denken. Daß die Industrien sich mit allen Mitteln gegen eine Lohnerhöhung wehren, liegt in ihrer Natur. Kreditnot, Auftragsmangel u. a. müßten wie seit Jahren als Beweis herhalten.

Die Arbeiterkraft denkt nicht an aufpassen daran, die Einkommen der Dezenten und Angehörigen zu mindern oder gar etwa zu beschneiden, daß die Gehälter bei den heutigen Zeitverhältnissen zu hoch seien; eine Gegenüberstellung ihrer Löhne und der der Arbeiter zeigt aber die Ungleichheit der Entlohnung der Arbeiter.

Eine Kongress des Industriegebietes macht folgende Feststellung:

Durchschnittslohn der Gewerkschaften (eigene Erzeugnisse und Auswärtige, einschließlich der Schlichtung)		Durchschnittslohn der Arbeiter	
Jahr der Dezenten	Durchschnittslohn	Jahr der Arbeiter	in Prozent zu 26 Schichten
1925	310	41205	6,14
1926	271	41719	6,08

Ein anderer Kongress

Diese Aufstellung läßt sich leicht durch mehrere ähnlichen Inhalts vervollständigen. Eine 13prozentige Lohnerhöhung, wie sie gefordert wird, kann jedenfalls keineswegs als übertrieben betrachtet werden. Es soll nicht bestritten werden, daß in einigen Maßwerken einige Ringelstaben ganz anständige Einkommen erzielen, sie sind an der Produktion beteiligt, dementsprechend auch ihre Leistung.

Die Verhandlung ergab eine Erhöhung der Löhne um 7 u. S. ab 11. Oktober. Die Unternehmer lehnten den Schiedspruch glatt ab, die Arbeiter stimmten zu, aber nicht etwa deshalb, weil sie die Löhne als ausreichend betrachteten für die vorhandene Leistung, sondern weil sie geschwächt sind durch Inflation, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, auch durch Fahrensflucht mancher früheren starken Kritiker, die sich stets als die richtigen Gewerkschaftler bezeichnen.

Der Schiedspruch in der Arbeitszeittage vom 16. Oktober brachte eine Verlängerung der jetzigen Arbeitszeit bis zum 28. Februar 1925, vorausgesetzt, daß nicht vorher eine anderweitige Regelung durch Verordnung vom Reichsarbeitsministerium erfolgt. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Denkschrift über die Arbeitszeit in Deutschland einen Hausen Zahlen gebracht. Besonders die Nordwestgruppe hat als Democritisierung für ihre Einstellung, daß der Achtstundentag zwar im Anmarsch, seine Einführung in Deutschland aber unmöglich sei, die Reparationsleistungen angeführt. Bei den Verhandlungen im Juni 1924 müßten besonders die Ricum- und Jollasten des besetzten Gebietes, die rund 40 u. S. betragen, herhalten. Heute sind es tausend andere Gründe. Der Kernpunkt ihres Widerstandes ist die Wiedereinführung der dreifachen Schicht anstatt der Doppelschicht, die mit Recht von verschiedenen Vertretern der jetzigen internationalen Arbeiterkonferenz in Genf im Juni 1924 als ein barbarisches System gekennzeichnet wurde.

Der Schiedspruch über die Arbeitszeit ist gefällt, die Arbeiter haben ihn einstimmig abgelehnt, nun hat das Reichsarbeitsministerium das Wort bezüglich der Verbindlichkeitsklärung.

Was auch geschehen mag, die Arbeiterkraft hat aus der Vergangenheit und den Verhandlungen manche gute Lehre gezogen und wird sie zur gegebenen Zeit so anzuwenden wissen, daß auch für sie wieder einmal sich ein Vorteil zeigt.

### Schriftenschau

**Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam in den Jahren 1922 bis 1924.** Kommissionsverlag der Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. 393 Seiten, 4 Goldmark. — Das Buch enthält zunächst den Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Jahre 1922 bis 1924, mit ausführlicher Darstellung der Verhandlungen über die „Einheitsfront“ zwischen Amsterdam und Moskau und der Verträge der internationalen Gewerkschaftsbewegung, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas herbeizuführen; ferner die Berichte über die internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkongress, die Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den internationalen Berufssekretariaten, den dritten ordentlichen internationalen Gewerkschaftskongress. Das Buch, das wie kein zweites über die internationale Gewerkschaftsbewegung unterrichtet, ist für alle Organisationen, für Bibliotheken, Volkswirtschaftler u. a. von großer Bedeutung.

**Kalkulationsgrundlagen für Materialwarenfabriken.** Gewichts- und Zuchnittstabellen für runde und viereckige Blechplatten, Blechstreifen und Blechtafeln. Draht- und Stangenmaterial in Messing, Kupfer, Eisen, Aluminium, Neusilber, Blei und Zinn, mit 35 Tabellen und 3 Tafeln von Dr.-Ing. Hans D. Braß. H. Krayn, Berlin W. 1924. Preis geb. 5 M.

**Die Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 nebst Ausführungsbestimmungen vom 10. und 29. Dezember 1923,** erläutert von Dr. G. Flawo, Ministerialrat im preussischen Handelsministerium, und H. Joachim, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, Verlag von Julius Springer, Berlin W. 9, Dinkstraße.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 9. Nov. ist der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. November 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn des Beitrags
	I.	II.	III.	IV.	
Wonn	20	15	—	—	45. Woche
Kalbe	10	—	10	—	45. "
Karlruhe	15	15	10	—	45. "
Wittweida	10	10	10	5	45. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen Offensen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle Brandenburg:**  
Der Schlosser Paul Kuhnert, geb. am 24. April 1898 zu Dessau, Mitgliedsbuch Nr. 2.386.254, wegen Diebstahl.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle Selt:**  
Der Werkzeugmacher William Hugo Drechsler, geb. am 8. April 1883 zu Chemnitz, Mitgliedsbuch Nr. 5.296.673, wegen Unterschlagung.

### Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

**Auf Antrag der Verwaltungstelle Karlruhe:**  
Der Dreher Robert Allgaier, geb. am 24. Juni 1903 zu Gillingen, Mitgliedsbuch Nr. 3.699.580, wegen Unterschlagung.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle München:**  
Der Eisenendreher Benno Doll, geb. am 14. Juli 1871 zu Hohenheim, Mitgliedsbuch Nr. 2.178.412, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Stuttgart, Rotestraße 16. Der Vorstandsvorsitzende.

### Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Formern und Siedereiarbeitern nach Hohenheim (H. L. Stambel & Co.) S.;  
von Hammerhämern nach Summersbach (Gebrüder Göber, Kaiserstr.) S.;  
von Metallarbeitern nach Penig i. S. (Adolf Lamprecht, Emaillewerk) S.

S = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; Et. = Streit; R. = Rahregelung; W. = Währungs; A. = Aussperrung.

Arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erstaubigung bei des zünftigen Ortsverwaltung oder, was eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufahren. Das Schriftbild ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln zu lassen.

Druck und Verlag: Drucker des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rotestraße 16.